



Unser Niedersachsen in Europa

Forderungen der CDU in Niedersachsen
zu den Wahlen des Europäischen Parlaments
am 7. Juni 2009

Zukunftsland Niedersachsen.



CDU

1 **Einleitung**

2 Die Entwicklung der Europäischen Union ist eine weltweit einmalige Erfolgsgeschichte. Nach
3 dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat sich Europa zu einer Staaten-, Wirtschafts- und Wer-
4 tegemeinschaft entwickelt, die darauf angelegt ist, auch in den kommenden Jahrzehnten
5 Frieden, Wohlstand und europäische Werte zu gewährleisten. Seit dem Fall des „Eisernen
6 Vorhangs“ hat sie noch mehr an Bedeutung gewonnen. In einer immer stärker globalisierten
7 Welt sehnen sich die Menschen nach Überschaubarkeit und Verlässlichkeit in ihrem Le-
8 bensbereich. Sie wünschen sich leistungsfähige und bürgernahe Strukturen in Politik und
9 Verwaltung. Gleichzeitig sehen wir allerdings, dass die globalen wirtschaftlichen Verflechtun-
10 gen und die globale Sicherheit eine starke europäische Gemeinschaft erforderlich machen.
11 Die Globalisierung hat zur Folge, dass die europäischen Nationalstaaten immer weniger Ein-
12 fluss haben werden, wenn sie auf sich allein gestellt agieren. Neben den wirtschaftlich und
13 politisch bedeutendsten Regionen dieser Erde wie den Vereinigten Staaten von Amerika,
14 China, Indien, Russland oder Brasilien werden die europäischen Nationalstaaten ihre Inte-
15 ressen nur gemeinsam als Europäische Union durchsetzen können. Nur zusammen können
16 sie Ausnahmesituationen wie die jetzige Weltwirtschaftskrise bewältigen.

17

18 **Die Niedersachsen sind Gewinner der Europäischen Union**

19 Im Europa der 27 Mitgliedstaaten liegt Niedersachsen im Herzen der Europäischen Union.
20 Dank der hervorragenden Verkehrsverbindungen ist diese zentrale Lage ein Standortvorteil
21 für Menschen und Unternehmen in Niedersachsen.

22 Heute sind nicht nur Urlaubsreisen, sondern auch Handel und Unternehmertum von Nieder-
23 sachsen aus in alle Himmelsrichtungen möglich. Die niedersächsische Wirtschaft ist im ho-
24 hen Maße Exporteur von Gütern, Waren und Dienstleistungen. So konnte die niedersächsi-
25 sche Wirtschaft seit 2003 bei den Exporten teilweise zweistellige jährliche Zuwachsraten
26 verzeichnen. Auch hier zeigt der Ausfuhranteil von annähernd zwei Dritteln in die Mitglied-
27 staaten der Europäischen Union, wie eng Niedersachsen in den europäischen Binnenmarkt
28 eingebunden ist. Insbesondere im Fahrzeugbau hängen tausende Arbeitsplätze vom Handel
29 mit den anderen europäischen Staaten ab. Folglich profitieren die niedersächsischen Arbeit-
30 nehmerinnen und Arbeitnehmer ganz unmittelbar von einem geordneten und funktionieren-
31 den europäischen Binnenmarkt, der einen zollfreien Handel innerhalb der Europäischen Uni-
32 on garantiert und den europäischen Binnenmarkt durch Zollkontrollen an den EU-
33 Außengrenzen vor Plagiaten schützt.

34

35 Niedersachsen profitiert wie kaum ein anderes westdeutsches Bundesland von der Struktur-
36 förderung der Europäischen Union. Nur Nordrhein-Westfalen konnte in der Förderperiode
37 2007 bis 2013 EU-Strukturfondsmittel in vergleichbarem Umfang binden. Niedersachsen

38 erhält in diesem Zeitraum insgesamt rund 2,5 Milliarden Euro und damit rund 900 Millionen
39 Euro mehr als in der vorangegangenen Förderperiode. Von den 2,5 Milliarden Euro entfallen
40 rund 1,2 Milliarden Euro auf den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE),
41 rund 0,5 Milliarden Euro auf den Europäischen Sozialfonds (ESF) und rund 0,8 Milliarden
42 Euro auf den Europäischen Fonds zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums
43 (ELER). Diese Strukturfondsmittel der Europäischen Union kommen den Menschen in Nie-
44 dersachsen unmittelbar zugute. Sie schaffen Wirtschaftswachstum und damit Arbeitsplätze
45 und sie unterstützen die Entwicklung in Ballungszentren und im ländlichen Raum.

46

47 Die Niedersachsen profitieren nicht nur wirtschaftlich und finanziell von der Europäischen
48 Union. Die Europäische Union wirkt durch ihre Rechtsetzung in viele Lebensbereiche hinein.
49 Dies wird nicht immer als positiv empfunden, insbesondere dann, wenn es um die Frage
50 geht, ob der hessische „Äppelwoi“ weiterhin als „Wein“ bezeichnet werden darf, oder um den
51 Krümmungsgrad einer Gurke. Die Europäische Union schränkt allerdings zum allgemeinen
52 Vorteil insbesondere unfairen Wettbewerb durch einheitliche Regeln im Arbeitsschutz und
53 Verbraucherschutz, in der Lebensmittelsicherheit, im Umwelt- und Klimaschutz ein. Sie ver-
54 bessert die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen zwischen den Mit-
55 gliedstaaten. Sie gewährleistet grenzenloses Reisen sowie grenzenloses Arbeiten und Le-
56 ben innerhalb der Europäischen Union. Und nicht zuletzt hat sich der EURO als solide Wäh-
57 rung und in der aktuellen Finanzkrise als Anker der Stabilität erwiesen.

58

59 **Niedersächsische Politik in Europa**

60 Niedersachsen kann es mit seinen rund 8 Millionen Einwohnern, seiner Fläche von 47.624
61 km² und seinem Bruttoinlandsprodukt von ca. 214 Milliarden Euro im Jahre 2008 mit so man-
62 chem Mitgliedstaat der Europäischen Union aufnehmen. Von der Bevölkerungszahl her ge-
63 sehen, liegt Niedersachsen vor Bulgarien an 16. Stelle in der Europäischen Union. Von der
64 Fläche her gesehen liegt Niedersachsen vor Estland an 20. Stelle in der EU. Von seinem
65 Bruttoinlandsprodukt her gesehen liegt Niedersachsen vor Irland an 13. Stelle in der EU.
66 Gleichwohl ist Niedersachsen institutionell nicht direkt in die Europäische Union eingebun-
67 den. Niedersachsen kann nur mittelbar über den Bundesrat und über die Bundesregierung
68 sowie durch informelle Kontakte zu den Europäischen Institutionen auf die Politik der Euro-
69 päischen Union Einfluss nehmen.

70

71 Vor diesem Hintergrund ist Europapolitik in Niedersachsen „Chefsache“. Niedersachsen wird
72 in den für das Land besonders wichtigen Fragen auf europäischer Ebene von Ministerpräsi-
73 dent Christian Wulff selbst vertreten. Der Ministerpräsident ist Niedersachsens Europaminis-
74 ter. Er wird durch die Staatskanzlei und die Niedersächsische Landesvertretung in Brüssel

75 bei der Wahrnehmung niedersächsischer Interessen in der Europäischen Union unterstützt.
76 Eine starke Landesvertretung in Brüssel erfordert auch die Bereitschaft niedersächsischer
77 Ministerialbeamter ihren Dienst für zwei bis drei Jahre in Brüssel zu verbringen, um in
78 Dienststellen der Kommission und der Landesvertretung selber Netzwerke zu bilden und
79 niedersächsische Positionen in den europäischen Prozess einzubringen. In diesem Zusam-
80 menhang spielen auch die niedersächsischen Abgeordneten der CDU in der EVP-Fraktion
81 im Europäischen Parlament eine wichtige Rolle. Sie sind über die Landesliste der CDU in
82 Niedersachsen nominiert und dadurch dem Land Niedersachsen in besonderer Weise ver-
83 bunden. Die niedersächsischen Abgeordneten bringen niedersächsische Positionen in das
84 Beratungsverfahren des Europäischen Parlaments ein.

85

86 Mit den Wahlen zum Europäischen Parlament und dem anschließenden Amtsantritt einer
87 neuen Europäischen Kommission werden neue Schwerpunkte gesetzt werden. Die Men-
88 schen in Europa erwarten, dass die Parteien vor den Europawahlen im Juni 2009 deutlich
89 sagen, wofür sie stehen. Wir wollen durch eine angemessene Wahlbeteiligung die demokra-
90 tische Legitimation des Europäischen Parlaments stärken.

91

92 Die CDU in Niedersachsen hat elf europapolitische Positionen formuliert, um im Rahmen der
93 Wahlen zum Europäischen Parlament die niedersächsischen Interessen deutlich herauszu-
94 stellen.

95

96

97 **11 europapolitische Positionen der CDU in Niedersachsen:**

98

99 **1. Europäische Integration vorantreiben; Kompetenzen und Subsidiarität wahren**

100 Die CDU in Niedersachsen bekennt sich zur europäischen Integration. Es war wichtig für
101 Europa, dass die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten am 13. Dezember 2007
102 unter portugiesischer Ratspräsidentschaft den Vertrag von Lissabon unterzeichnet haben.
103 Einen wesentlichen Anteil an diesem Erfolg hatte die vorangegangene deutsche Ratspräsi-
104 dentschaft unter der Führung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

105

106 Folgende Vertragsinhalte sind für Niedersachsen von besonderer Bedeutung:

- 107 • Das Europäische Parlament, in dem gegenwärtig fünf Abgeordnete der CDU in Nie-
108 dersachsen vertreten sind, wird echter Mitgesetzgeber neben dem Ministerrat.
- 109 • Der Bundesrat, in dem die CDU-geführte Niedersächsische Landesregierung vertre-
110 ten ist, wird erstmals am europäischen Rechtssetzungsprozess unmittelbar beteiligt.

111 Er kann künftig Verstöße gegen das Subsidiaritätsprinzip rügen und sich gegen diese
112 mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof wehren.

- 113 • Der Ausschuss der Regionen, in dem Niedersachsen durch zwei Vertreter repräsen-
114 tiert wird, erhält ebenfalls ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof.
- 115 • Die Kompetenzabgrenzung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaa-
116 ten wird verbessert. Dadurch sind auch die Gesetzgebungskompetenzen des Landes
117 Niedersachsen besser geschützt.
- 118 • Es wird ein Europäisches Bürgerbegehren eingeführt.
- 119 • Die nationale Identität der Mitgliedstaaten unter Einschluss der kommunalen und re-
120 gionalen Selbstverwaltung wird ausdrücklich geachtet.

121

122 Der Vertrag von Lissabon beinhaltet wichtige Fortschritte gegenüber dem gegenwärtig gel-
123 tenden Vertrag von Nizza. Die Europäische Union wird in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt,
124 sie wird demokratischer, transparenter und bürgernäher. Den Herausforderungen des 21.
125 Jahrhunderts kann sie auf diese Weise besser begegnen.

126

127 Die CDU in Niedersachsen begrüßt die Klarstellung durch den Vertrag von Lissabon, dass
128 es keinen europäischen Superstaat geben wird. Die Europäische Union hat keine Staatsqua-
129 lität. Sie ist ein auf gemeinsamen Werten beruhendes Bündnis souveräner Staaten zur Be-
130 wältigung gemeinsamer Aufgaben, die national nicht ausreichend wahrgenommen werden
131 können, z.B. in der Sicherheitspolitik, beim Klimaschutz und in der Energiepolitik. Eine sinn-
132 volle Aufgaben- und Kompetenzteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitglied-
133 staaten ist erforderlich. So wie auf nationaler Ebene im Rahmen der Föderalismusreform
134 müssen auch die Aufgaben und Kompetenzen der Europäischen Union von Zeit zu Zeit auf
135 den Prüfstand gestellt werden.

136

137 Die CDU in Niedersachsen erwartet, dass die verbesserten Regelungen zum Subsidiaritäts-
138 prinzip von allen Organen der Europäischen Union – einschließlich des Europäischen Ge-
139 richtshofs – beachtet werden. Wir wollen, dass staatliche Aufgaben möglichst bürgernah
140 wahrgenommen werden. Erst wenn Kommunen, Länder und Bund ein Problem nicht lösen
141 können, weil es, wie z.B. der Klimaschutz, grenzüberschreitenden Charakter hat, ist ein eu-
142 ropäisches Handeln gerechtfertigt. Über Fragen wie das VW-Gesetz oder das staatliche
143 Glücksspielmonopol wollen wir selbst entscheiden. Wir erwarten weiter, dass die Europäi-
144 sche Union im Falle eines Handelns möglichst schonend vorgeht. Ist also z. B. im Bereich
145 der Rechtsetzung eine Richtlinie, mit der ein Rahmen für eine mitgliedstaatliche Gesetzge-
146 bung geschaffen wird, ausreichend, dann darf die Europäische Union nicht selbst eine Voll-
147 regelung durch eine Verordnung erlassen.

148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184

Die CDU in Niedersachsen:

- **bekannt sich zur europäischen Integration;**
- **begrüßt den Abschluss des Vertrages von Lissabon und unterstützt die Bundesregierung in ihrem Bestreben, diesen möglichst schnell in Kraft zu setzen;**
- **fordert von der Europäischen Union die Beachtung der Kompetenz- und Subsidiaritätsregelungen.**
- **bekannt sich zum VW-Gesetz und fordert von der Europäischen Kommission die Aufgabe ihres Widerstandes gegen dieses Gesetz.**

2. Aufnahmefähigkeit der Europäische Union bei künftigen Erweiterungen beachten

Mit dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten aus Mittel- und Osteuropa sowie von Malta und Zypern im Mai 2004 und von Bulgarien und Rumänien im Januar 2007 hat die Europäische Union ihre fünfte und bisher größte Erweiterungsrunde abgeschlossen. Am 3. Oktober 2005 wurden Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei eröffnet. Parallel dazu stellte die Europäische Kommission die Heranführung des westlichen Balkans an die Europäische Union in den Vordergrund ihrer Politik.

Die zentrale Aufgabe der europäischen Erweiterungspolitik der kommenden Jahre muss darin bestehen, das bisher Erreichte zu konsolidieren, in den Kandidatenländern begonnene Reformen unumkehrbar zu machen und zu wirtschaftlicher Entwicklung, Zusammenarbeit und guten nachbarschaftlichen Beziehungen beizutragen. Über den Beitritt müssen insbesondere die Beitrittsreife der Kandidatenländer und die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union entscheiden. Neue Mitglieder dürfen grundsätzlich erst dann aufgenommen werden, wenn die EU-Mitgliedstaaten den Vertrag von Lissabon, der die Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen sicherstellt, in Kraft gesetzt haben.

Die Türkei ist ein wichtiger Wirtschafts- und Sicherheitspartner für Europa. Ihre europäische Orientierung muss daher weiter gefördert werden. Die Größe der Türkei mit rund 72 Millionen Bürgerinnen und Bürgern, ihre geopolitische Lage an den Nahtstellen weltpolitischer Konfliktzonen, ihre kulturelle Prägung, ihre derzeitige wirtschaftliche Situation und ihre innere Verfassung insbesondere im Hinblick auf die Meinungsfreiheit, die Gleichheit von Frauen und Männern, den Minderheitenschutz oder die Religionsfreiheit, lassen es aber fraglich erscheinen, ob die Türkei in absehbarer Zeit in der Lage sein wird, die Voraussetzungen für einen EU-Beitritt zu erfüllen. Auch die „Zypern-Frage“ ist noch nicht zufriedenstellend geklärt.

185 Die CDU in Niedersachsen fordert:

- 186 • **vor einer neuen Erweiterung zunächst eine Vertiefung der Europäischen Union.**
187 **Hierzu ist ein baldiges Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon erforderlich.**
- 188 • **eine feste Bindung der Türkei an die Europäische Union, ohne die Reformfä-**
189 **higkeit der Türkei oder die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union zu über-**
190 **fordern. Ein privilegiertes Partnerschaftskonzept, das die Türkei weiter stufen-**
191 **weise an die Europäische Union heranführt, ist für beide Seiten der sinnvollste**
192 **Weg.**
- 193 • **die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien mit dem Ziel, die Vor-**
194 **aussetzungen für einen künftigen Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union zu**
195 **ermöglichen.**

196

197

198 **3. EU-Strukturförderung beibehalten**

199 Die Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung leisten einen wichtigen
200 Beitrag zur wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung Nieder-
201 sachsens.

202 Die EU-Strukturförderung ist ein echtes „Konjunktur- und Wachstumsprogramm“ für Nieder-
203 sachsen. Ziel der Förderung ist es, mehr Wachstum und Beschäftigung für alle Regionen in
204 der EU zu erreichen sowie wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten zwischen den Regio-
205 nen zu verringern. Niedersachsen erhält in der laufenden Förderperiode 2007 bis 2013 ins-
206 gesamt ca. 2,5 Milliarden Euro Fördergelder. Allein mit den rund 1,2 Milliarden Euro, die Nie-
207 dersachsen bis 2013 aus dem EFRE zufließen, werden Projekte realisiert, die zusammen mit
208 den Folgeinvestitionen aus der Wirtschaft und den Kommunen die stolze Summe von 3 bis 4
209 Milliarden Euro ausmachen. Dieses Geld wird ausschließlich nach qualitativen Gesichts-
210 punkten vergeben und nicht mit der Gießkanne über das Land verteilt. Dabei erfolgt die För-
211 derung in drei großen Bereichen nämlich: „Innovation, Investition und Infrastruktur“.

212

213 Besonders wichtig ist dabei die neu etablierte Förderung von kleinen und mittleren Unter-
214 nehmen durch Kreise und kreisfreie Städte. Dazu stellt das Land 140 Millionen Euro für die
215 sogenannten „regionalisierten Teilbudgets“ zur Verfügung. Mittlerweile sind alle Programme
216 in den niedersächsischen Kommunen angelaufen. Erste Prognosen gehen von über 12.000
217 geförderten kleinen und mittleren Unternehmen und über 40.000 neu geschaffenen Arbeits-
218 plätzen in Niedersachsen aus. Neben dieser „kleinen“ Wirtschaftsförderung gibt es in der
219 laufenden und in der vergangenen Förderperiode auch viele bedeutende Großprojekte.

220

221 Dazu einige Beispiele: Der Innovationsinkubator der Universität Lüneburg will Kompetenzen
222 im Forschungsbereich in der Region Lüneburg bündeln, um Unternehmensgründungen und
223 Ansiedlungen in die Region zu bringen. Im Bereich der kulturellen Infrastruktur erhält bei-
224 spielsweise die Stadt Braunschweig einen EFRE-Zuschuss in Höhe von rund 1,8 Millionen
225 Euro, um das Städtische Museum Braunschweig den Anforderungen an ein modernes Mu-
226 seum anzupassen. Die BARD Emden Energy GmbH & Co. KG wird bei der Errichtung einer
227 Betriebsstätte zur Herstellung von Off-Shore-Windkraftanlagen und die Zoo Hannover GmbH
228 wird bei der Erweiterung des Zoos um die Alaskalandschaft „Yukon Bay“ mit EFRE-Mitteln
229 gefördert. In Cuxhaven werden bei der Erstellung eines Offshore Basishafens rund 20 Millio-
230 nen Euro und bei der Erschließung des angrenzenden Industriegebietes, der Errichtung ei-
231 ner Schwerlastplattform und einer Schwerlaststraße weitere 5 Millionen Euro an EFRE-
232 Mitteln eingesetzt. Zur Erweiterung der Niedersachsen-Brücke in Wilhelmshaven werden 10
233 Millionen Euro EFRE-Mittel verwandt und zusätzlich 50 Millionen Euro EU-Mittel in den ein-
234 zigen deutschen Tiefwasserhafen Deutschlands investiert, den JadeWeserPort.

235

236 Die INTERREG-Programme (A, B und C) zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hat
237 Niedersachsen europaweit vernetzt. Zum Beispiel konnte durch die INTERREG-Kooperation
238 im deutsch-niederländischen Grenzraum in der Vergangenheit die Gestaltung der Zusam-
239 menarbeit unter Federführung der EUREGIO Gronau, der Ems-Dollart-Region (EDR) und
240 der NeuenHanseInterregio (NHI) kontinuierlich verbessert werden. Im Rahmen der Zusam-
241 menarbeit sind grenzüberschreitende Wirtschaftsprojekte entwickelt worden. Diese Art der
242 Zusammenarbeit soll fortgesetzt werden, kann doch dadurch Europa für viele Akteure haut-
243 nah erlebt werden. Als einen wichtigen und auszubauenden Förderschwerpunkt wird auch
244 die maritime Wirtschaft für Niedersachsen angesehen.

245

246 Die See- und Binnenhäfen in Niedersachsen haben als logistische Drehscheiben und Indust-
247 riestandorte für die Bundesrepublik Deutschland eine große volkswirtschaftliche Bedeutung.
248 Damit sich die maritime Wirtschaft trotz der gegenwärtigen Krise weiter dynamisch entwi-
249 ckeln kann, ist es notwendig, EU-Fördermittel gezielt für den Ausbau und die Modernisierung
250 aller niedersächsischen Häfen zu nutzen. Neben den Investitionen in die Hafeninfrastruktur
251 ist ein Ausbau der Verkehrsinfrastruktur auf der Straße, der Schiene und dem Wasser not-
252 wendig, um über leistungsfähige Hinterlandverbindungen der Häfen einen schnellen Trans-
253 port der zunehmenden Warenströme sicherstellen zu können. Die Möglichkeiten der Europä-
254 ischen Union über den gezielten Ausbau der Transeuropäischen Netze (TEN) gilt es für uns
255 nutzbar zu machen.

256

257 Die EU-Strukturförderung in Niedersachsen hat sich bewährt und war über viele Jahre in
258 vielen Projekten ein Motor bei der Weiterentwicklung niedersächsischer Strukturen. Weiter-
259 hin sorgt sie für eine positive Wahrnehmung der Europäischen Union im Alltag und erhöht
260 dadurch die Europaakzeptanz. Diese Errungenschaften gilt es auch zukünftig, durch einen
261 dauer- und namhaften Rückfluss von EU-Mitteln auch an „Nettozahlerstaaten“ wie Deutsch-
262 land, zu erhalten. Das in der Vergangenheit häufig diskutierte „Nettofondsmodell“, bei dem
263 nur die ärmsten Mitgliedstaaten Leistungen aus den Strukturfonds erhalten würden, hätte
264 unweigerlich zur Folge, dass Europa in allen anderen Mitgliedstaaten ausschließlich als Kos-
265 tenfaktor wahrgenommen würde. Dies würde den Zusammenhalt innerhalb der Europäi-
266 schen Union nachhaltig gefährden.

267

268 Die CDU in Niedersachsen fordert:

- 269 • **eine Fortführung der Strukturfondsförderung in Niedersachsen auch nach Aus-**
- 270 **laufen der Förderperiode 2007-2013.**
- 271 • **eine dauerhafte Festschreibung der „Ziel 2-Förderung“ im bisherigen Gebiet für**
- 272 **„Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“.**
- 273 • **den Erhalt der grenzüberschreitenden INTERREG-Programme.**

274

275

276 **4. EU-Beihilfenkontrollen den globalen Herausforderungen anpassen**

277 Aufgabe der Beihilfenpolitik der Europäischen Union ist es, einen unverzerrten Wettbewerb
278 auf dem europäischen Binnenmarkt sicherzustellen. Die Europäische Kommission entschei-
279 det bei der Beihilfenaufsicht völlig autonom und unterliegt lediglich einer Kontrolle durch den
280 Europäischen Gerichtshof. Beihilfen an Unternehmen sind nach dem EG-Vertrag grundsätz-
281 lich verboten. Unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt die Europäische Kommission al-
282 lerdings Ausnahmen vom allgemeinen Beihilfeverbot. Grundlage für Ausnahmen sind die
283 sog. „De-minimis-Verordnung“ sowie die „Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung“.

284

285 Die EU-Beihilfenkontrollen haben sich bei der Schaffung des Binnenmarktes bewährt. Sie
286 geraten aber angesichts des zunehmenden internationalen Standortwettbewerbs um indus-
287 trielle Großinvestitionen an ihre Grenzen. Im Zeitalter der Globalisierung kommt es nicht
288 mehr allein darauf an, den Standort- bzw. institutionellen Wettbewerb zwischen den Mitglied-
289 staaten zu regulieren. Die Europäische Kommission muss darauf achten, dass die EU-
290 Beihilfenkontrolle nicht zum Investitionshindernis für den Standort Europa insgesamt wird.
291 Denn die USA und viele andere Wirtschaftsnationen sind ordnungspolitisch weniger stringent
292 und sehr offensiv, wenn es um lukrative Neuansiedlungen geht.

293

294 Bis zum 31.12.2006 wurde die Gewährung von Bürgschaften und Garantien durch Nieder-
295 sachsen an kleine und mittlere Unternehmen von der Europäischen Kommission bis zu einer
296 Bürgschafts- oder Garantiehöhe von 20 Millionen Euro beihilferechtlich grundsätzlich nicht
297 aufgegriffen. Nach Änderung der „De-minimis-Verordnung“ zum 1. Januar 2007 kann Nie-
298 dersachsen dagegen nur noch Kredite bis zu 1,5 Millionen Euro bzw. 2 Millionen Euro bei
299 Unternehmen in Notlagen verbürgen, ohne dass eine Genehmigung durch die Europäische
300 Kommission erfolgen muss. Die Finanzierungssumme wurde auf 200.000 Euro abgesenkt.
301 Damit wird die Unterstützung mittelständischer Unternehmen in Niedersachsen zumindest
302 erschwert.

303

304 Die Europäische Kommission hat unter dem Druck der Finanzmarktkrise einen geänderten
305 beihilferechtlichen Rahmen angenommen, der die Finanzierungssumme auf nunmehr
306 500.000 Euro erhöht und bei der Gewährung von Bürgschaften und Garantien weitere Ver-
307 günstigungen schafft. Diese Maßnahmen reichen allerdings nicht an das Niveau vor dem 1.
308 Januar 2007 heran und sind an die Fortdauer der Finanzmarktkrise gekoppelt. Wenn die
309 Finanzmarktkrise beendet ist und sich die Kreditvergabe an die Unternehmen wieder norma-
310 lisiert hat, sollen die bisher geltenden Regeln wieder in Kraft treten. Daher hat die Europäi-
311 sche Kommission den großzügigeren Beihilferahmen vorerst bis Ende 2010 befristet.

312

313 Die CDU in Niedersachsen erwartet,

- 314 • **dass die Europäische Kommission den internationalen Standortwettbewerb um**
- 315 **industrielle Großinvestitionen bei der Beihilfenkontrolle stärker berücksichtigt.**
- 316 • **dass die Finanzierungssumme für sogenannte „De-minimis-Beihilfen“ wieder**
- 317 **auf 1 Millionen Euro erhöht wird - und zwar unbefristet.**

318

319

320 **5. Regionale Identität bewahren, kommunale Selbstverwaltung achten**

321 „In Vielfalt geeint“ lautet das Motto der Europäischen Union. Dieser Tenor zählt neben der
322 europäischen Flagge, der europäischen Hymne und dem Europatag am 9. Mai zu den vier
323 Symbolen Europas und sollte einen entsprechend hohen Stellenwert haben. Europas Regio-
324 nen müssen aber feststellen, dass sich die Europäische Union, allen voran die Europäische
325 Kommission, mit regionalen Besonderheiten mitunter schwer tut.

326

327 Das VW-Gesetz und die Landesbeteiligung an der Volkswagen AG sind Resultat eines sorg-
328 sam austarierten Interessenausgleichs zur Demokratisierung des Eigentums. Danach be-
329 steht bei der Volkswagen AG ein faires Machtgleichgewicht zwischen Aktionären, Arbeit-
330 nehmern und dem Staat, das ganz maßgeblich zum großen Erfolg des Unternehmens beige-

331 tragen hat. Der Europäische Gerichtshof hat die Bundesrepublik Deutschland am 23. Okto-
332 ber 2007 aufgefordert, das VW-Gesetz wegen Verstoßes gegen die Kapitalverkehrsfreiheit
333 zu ändern. Diesem Urteil hat die Bundesrepublik Deutschland mit der Novelle des VW-
334 Gesetzes 1:1 entsprochen. Die Europäische Kommission hält diese Änderung nicht für weit-
335 gehend genug und hat gegenüber der deutschen und der niedersächsischen Position bisher
336 wenig Unterstützung erkennen lassen. Darüber hinaus hat sie nicht einmal den Abschluss
337 des deutschen Gesetzgebungsverfahrens abgewartet und noch vor dem Beschluss des
338 Bundesrates über die Novelle des VW-Gesetzes die Fortsetzung des Vertragsverletzungs-
339 verfahrens beschlossen.

340

341 Die deutschen und niedersächsischen Kommunen haben wiederholt auf das Spannungsver-
342 hältnis zwischen ihrem im Grundgesetz verbrieften kommunalen Selbstverwaltungsrecht und
343 dem europäischen Vergaberecht hingewiesen. Insbesondere die Anwendung des europäi-
344 schen Vergaberechts auf die interkommunale Zusammenarbeit in Form von kommunalen
345 Zweckverbänden oder öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen zwischen zwei oder mehreren
346 Kommunen kritisieren sie zu Recht. Denn bei der interkommunalen Zusammenarbeit handelt
347 es sich nicht um den ausschreibungspflichtigen Einkauf einer Leistung am Markt. Es geht
348 darum, dass Kommunen bei der Erbringung kommunaler Dienstleistungen kooperieren, in-
349 dem Sie diese Aufgaben bei einzelnen Kommunen bündeln oder auf Zweckverbände über-
350 tragen. Die interkommunale Zusammenarbeit ist eine durch die kommunale Selbstverwal-
351 tungsgarantie geschützte Form kommunaler Binnenorganisation und kein Beschaffungsvor-
352 gang am Markt.

353

354 Nach geltendem Recht achtet die Union die nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten. Durch
355 den Vertrag von Lissabon wird die kommunale Selbstverwaltung ausdrücklich in dieses Ach-
356 tungsgebot einbezogen. Dies gilt insbesondere für die öffentlichen Dienstleistungen der Da-
357 seinsvorsorge. Eine europäische Politik der Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungsberei-
358 che darf kein Selbstzweck sein. Darüber hinaus wird den Kommunen durch das Protokoll
359 über Dienste von allgemeinem Interesse ein weiter Ermessensspielraum bei der Ausgestal-
360 tung der Daseinsvorsorge eingeräumt. Auch deshalb ist ein In-Kraft-Treten des Vertrags von
361 Lissabon gerade für die Bundesrepublik Deutschland und die deutschen Kommunen so
362 wichtig.

363

364 Die CDU in Niedersachsen möchte,

- 365 • **die nationalen oder regionalen Identitäten in Europa durch die europäischen**
366 **Institutionen respektiert sehen.**

- 367 • **klargestellt sehen, dass interkommunale Zusammenarbeit grundsätzlich nicht**
368 **dem europäischen Vergaberecht unterliegt.**

369

370

371 **6. Europa in Bildung und Forschung weiter stärken**

372 Niedersachsen ist auch im Bildungs- und Forschungsbereich ein innovatives und zukunfts-
373 orientiertes Land. Bei der Verwirklichung des Bologna-Prozesses, also eines übergreifenden
374 europäischen Hochschulraums, der auf gegenseitiger Anerkennung von Studienabschlüssen
375 basiert, ist unser Land führend in Deutschland: Über 90 Prozent aller Studiengänge an den
376 niedersächsischen Hochschulen sind bereits auf die europaweit anerkannten Abschlüsse
377 Bachelor und Master umgestellt. Die Vernetzung der Hochschulen in Braunschweig, Claus-
378 thal und Hannover im Rahmen der Niedersächsischen Technischen Hochschule (NTH) lässt
379 die naturwissenschaftliche Kompetenz einer ganzen Region in Europa sichtbar werden. Und
380 mit der Verzahnung und Vernetzung der Bildungsbereiche von der Einrichtung des Nieder-
381 sächsischen Instituts für frühkindliche Bildung und Entwicklung bis hin zur Offenen Hoch-
382 schule, also der Öffnung der Hochschulen für andere Zielgruppen, leistet Niedersachsen zu
383 dem einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung eines Europäischen Raumes des lebenslan-
384 gen Lernens.

385

386 Eine zukunftsorientierte Bildungspolitik kann heute nur unter Einbeziehung europäischer und
387 internationaler Entwicklungen gestaltet werden. Die Europäische Union unterstützt die Mit-
388 gliedstaaten im Rahmen des EU-Bildungsprogramms für lebenslanges Lernen durch Infor-
389 mations- und Erfahrungsaustausch über die Bildungssysteme in den Mitgliedstaaten. Sie
390 fördert die Mobilität von Lehrenden und Lernenden sowie die Zusammenarbeit zwischen
391 Bildungseinrichtungen. Dafür stehen von 2007 bis 2013 rund 7 Milliarden Euro zur Verfü-
392 gung, die sich im Wesentlichen auf die vier Programme COMENIUS (Schulbildung), LEO-
393 NARDO DA VINCI (berufliche Bildung), ERASMUS (Hochschulbildung) und GRUNDTVIG
394 (Erwachsenenbildung) aufteilen.

395

396 Die Mittel aller Programme werden in Niedersachsen sehr intensiv nachgefragt und tragen
397 weiter zur Europäisierung und Internationalisierung Niedersachsens bei. Die eigenverant-
398 wortlichen Schulen in Niedersachsen können über diese Programme ihr Profil schärfen und
399 vom Erfahrungsaustausch mit anderen Schulen in Europa profitieren. Die Europäische Union
400 unterstützt die Bildungspolitik der Mitgliedstaaten. Die Entscheidungen über Schulstruktur,
401 Schulstandorte und Lehrinhalte werden vor dem Hintergrund der Individualität von Lernpro-
402 zessen auf lokaler Ebene getroffen. Die Europäische Union wiederum sorgt für einen Aus-
403 tausch im Bildungsbereich zwischen den Mitgliedsstaaten.

404 In ihren Anstrengungen um die Kultur wird Niedersachsen ebenfalls von der EU finanziell
405 unterstützt. Die Wertschätzung und der Erhalt kultureller Vielfalt bleiben für den Prozess der
406 europäischen Integration grundlegend. Dazu gehören unter anderem auch die Bewahrung
407 und Förderung der landestypischen Sprachen in Niedersachsen wie der saterfriesischen und
408 der niederdeutschen Sprache.

409

410 Die CDU in Niedersachsen möchte,

411 • **dass es bei der geltenden Kompetenzverteilung bleibt und Niedersachsen die**
412 **Möglichkeit behält, seine Schulsysteme in eigener Verantwortung zu gestalten**
413 **und seine Schüler fit für eine europäische Zukunft zu machen.**

414 • **dass Niedersachsen seine sehr gute Bildungsstruktur im Sinne des lebenslan-**
415 **gen Lernens weiter entwickelt und durch eine dauerhafte Fortschreibung und**
416 **eine bessere finanzielle Ausstattung des EU-Bildungsprogramms „Lebenslan-**
417 **ges Lernen“ über das Jahr 2013 hinaus festgeschrieben wird.**

418 • **eine Fortführung der Abstimmung gegenseitiger Anerkennung unterschiedli-**
419 **cher Bildungswege und Ausbildungsabschlüsse im Hinblick auf die „Offene**
420 **Hochschule“.**

421

422 Die Region Braunschweig ist die forschungsintensivste Region Europas in Niedersachsen.
423 Hier beträgt der Anteil an Forschung und Entwicklung über 7 Prozent des regionalen Brutto-
424 inlandsprodukts. Das ist auch der Verdienst der Europäischen Union. Sie unterstützt For-
425 schungsprojekte von hoher Qualität in den Mitgliedstaaten, um Innovation und die wissen-
426 schaftlichen und technologischen Grundlagen einschließlich der Industrie zu stärken und ihre
427 internationale Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. Durch Bündelung ihrer Aktivitäten soll mit
428 den Forschungsrahmenprogrammen ein europäischer Forschungsraum geschaffen werden.
429 Die Hochschulen in Niedersachsen haben sich dabei sehr erfolgreich am vergangenen 6.
430 Forschungsrahmenprogramm beteiligt. Sie konnten ca. 80 Millionen Euro europäische För-
431 dermittel einwerben. So konnten die Hochschulen ca. 80 Millionen Euro europäische För-
432 dermittel einwerben und im bundesweiten Vergleich der 16 Bundesländer einen hervorra-
433 genden vierten Platz erreichen. Diese Innovationskraft soll weiter gestärkt werden: Nieder-
434 sachsen braucht auch in Zukunft innovative Köpfe und gute Ideen.

435

436 Anfang 2007 startete das 7. Europäische Forschungsrahmenprogramm mit einer Laufzeit bis
437 2013. Sein Budget hat sich gegenüber dem 6. Forschungsrahmenprogramm mehr als ver-
438 doppelt. Mit einem Volumen von ca. 55 Milliarden Euro im Zeitraum 2007 bis 2013 ist es das
439 größte öffentlich finanzierte Förderprogramm für Forschungsprojekte weltweit. Auch hier bie-

440 tet sich den niedersächsischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen wieder eine Fülle
441 von Möglichkeiten zur Verwirklichung zukunftsweisender Vorhaben.

442

443 Das Europäische Forschungsrahmenprogramm bietet für Niedersachsen u.a. in der
444 Meeresforschung eine große Chance, die Forschungs- und Innovationsförde-
445 rung z.B. durch die Weiterentwicklung maritimer Technologien weiter zu optimieren.

446

447 Die CDU in Niedersachsen fordert,

- 448 • **dass die Europäische Union ihr verstärktes Engagement im Bereich For-**
449 **schungsförderung auch über 2013 hinaus fortführt.**
- 450 • **dass durch den Abschluss eines Zukunftsvertrages II zwischen der Landesre-**
451 **gierung und den niedersächsischen Hochschulen mit einer Laufzeit von 2011**
452 **bis 2017 die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass sich niedersäch-**
453 **sische Hochschulen auch in Zukunft erfolgreich an den europäischen For-**
454 **schungsrahmenprogrammen beteiligen können.**

455

456

457 **7. Landwirtschaft und ländlichen Raum weiter fördern**

458 Die Landwirtschaft ist eine tragende Säule im ländlichen Raum und ein Garant unserer viel-
459 fältigen Kulturlandschaft. Gemeinsam mit der Ernährungswirtschaft sowie vorgelagerten Be-
460 reichen ist die Agrarwirtschaft mit einem Anteil von etwa 18 Prozent am BIP der zweitwich-
461 tigste Wirtschaftszweig in Niedersachsen.

462

463 In den 50.000 landwirtschaftlichen Betrieben in Niedersachsen arbeiten mehr als 100.000
464 Menschen. Drei Viertel der Landesfläche werden land- oder forstwirtschaftlich genutzt. Die
465 niedersächsische Agrarpolitik ist eng mit der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen
466 Union verwoben. Sie ist die am weitesten integrierte gemeinsame Politik der EU mit weit rei-
467 chenden Folgen für ihre Mitgliedstaaten und Regionen. Niedersachsen setzt sich für verläss-
468 liche agrarpolitische Rahmenbedingungen ein und steht zum europäischen Agrarmodell ei-
469 ner multifunktionalen Landwirtschaft in vitalen ländlichen Räumen.

470

471 Die Europäische Union hat die agrarpolitischen Rahmenbedingungen in der Vergangenheit
472 an die sich ändernden Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik kontinuierlich angepasst. Eine
473 besondere zu bewältigende Herausforderung ist, die Fläche als zunehmend begrenzt vor-
474 handenen Produktionsraum für Nahrung, Energie und Natur vielschichtig und effizient zu
475 nutzen. Mit ihrer Agrarreform im Jahre 2003 verfolgt die Europäische Union durch die Einfüh-
476 rung von Direktzahlungen das Ziel, eine weitere Liberalisierung der Agrarmärkte im Rahmen

477 der WTO zu ermöglichen. Dabei sollen gleichzeitig die Ziele des auf Nachhaltigkeit ausge-
478 richteten, multifunktionalen Europäischen Agrarmodells verfolgt werden. Dieses beruht auf
479 der Sicherung von fundamentalen Bedürfnissen des menschlichen Lebens wie dem Recht
480 auf Nahrung und Energie sowie in hohen Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutzstandards.
481 Die Verknüpfung der Direktzahlungen mit der verbindlichen Einhaltung hoher Produktions-
482 standards unterstreicht die gesellschaftliche Verantwortung, die die Landwirtschaft über-
483 nommen hat. Diese hohen Standards müssen Grundlage und Richtschnur für internationale
484 Verhandlungen über eine weitere Liberalisierung der Agrarmärkte sein.

485

486 Als Folge der steigenden Nachfrage ist der Bio-Sektor in Niedersachsen in den letzten Jah-
487 ren stark gewachsen. 1.200 Bio-Landwirte bewirtschaften eine Fläche von mehr als 67.000
488 ha. Rund ein Drittel der Biobetriebe erlösen Einkommensteile aus der Direktvermarktung.
489 Niedersachsen ist das einzige Bundesland mit einem Kompetenzzentrum Ökolandbau und
490 einem Fachbeirat für ökologischen Landbau. Und mit der Entwicklung eines neuen Leitbildes
491 für die Erzeugung tierischer Nahrungsmittel sind wir in Niedersachsen mit dem Forschungs-
492 verbund Agrar- und Ernährungswissenschaften mit den Standorten Göttingen, Hannover,
493 Oldenburg und Vechta gut aufgestellt.

494

495 Die CDU in Niedersachsen begrüßt, dass das gut funktionierende deutsche Bio-Siegel auch
496 nach der Revision der EU-Öko-Verordnung zum 1. Januar 2009 weiter verwendet werden
497 kann. Wichtig ist, dass privatwirtschaftliche Markenzeichen, die auf eine über den EU-
498 Standard hinausgehende Qualität hinweisen, weiter verwendet und beworben werden dür-
499 fen.

500

501 Die CDU in Niedersachsen möchte,

- 502 • **die Ziele des europäischen Agrarmodells gegenüber andersgerichteten Ein-**
503 **flüssen des Weltmarktes offensiv vertreten.**
- 504 • **eine in den Weltmarkt integrierte wettbewerbsfähige niedersächsische Land-**
505 **wirtschaft ausbauen, die sich mit ihren hochwertigen Produkten in der Europä-**
506 **ischen Union und auf Drittlandsmärkten behauptet.**
- 507 • **in Europa einheitliche Rahmenbedingungen in Forschung (z.B. Biotechnolo-**
508 **gie), Besteuerung (z.B. Agrardiesel), Umwelt- und Tierschutz (z.B. Rahmenricht-**
509 **linien der EU) anstreben, ohne dabei wettbewerbsbelastende Zusatzaufgaben**
510 **gesondert einzuführen.**
- 511 • **dass die produktionsunabhängigen Direktzahlungen, die an die Einhaltung an-**
512 **spruchsvoller Produktionsstandards geknüpft sind, auch nach 2013 fortgeführt**
513 **werden. Darüber hinausgehende besondere Leistungen der Landwirtschaft sol-**
514 **len auch gesondert von der Europäischen Union honoriert werden.**

- 515 • **den Verbraucherschutz weiterentwickeln. Für die Optimierung der Verbraucher-**
516 **information werden wir uns für eine transparente Herkunftskennzeichnung, die**
517 **klar zwischen Erzeugungs- und Verarbeitungsstandort unterscheidet, sowie für**
518 **eine einfache, klar verständliche und EU-einheitliche, dem den Umwelt-, Tier-**
519 **und Naturschutz auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse weiterentwickeln.**
520 **Im Gegensatz zu Luft und Wasser ist der Boden ortsgebunden. Daher kann sein**
521 **Schutz unter regionaler und lokaler Zuständigkeit standortangepasster, zielge-**
522 **nauer und wesentlich unbürokratischer gewährleistet werden als auf EU-Ebene.**
523 **Deshalb lehnen wir eine europäische Bodenschutzrichtlinie ab.**
- 524 • **den Flächenverbrauch wesentlich eindämmen. Täglich gehen in Niedersachsen**
525 **durch Versiegelung und Kompensation etwa 14 ha hochproduktive Flächen der**
526 **Landwirtschaft verloren. Bis 2020 soll der Flächenverbrauch deutlich reduziert**
527 **werden, beispielsweise durch Nachnutzungskonzepte für Brach- und Sanie-**
528 **rungsflächen sowie durch gleichwertige Ermöglichung von Ersatzgeldzahlun-**
529 **gen an Stelle von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.**
- 530 • **dass die Investitionsförderung aus dem ELER-Programm der EU für die Markt-**
531 **orientierung der niedersächsischen Landwirtschaft voll ausgeschöpft wird. Die**
532 **Risiken für landwirtschaftliche Betriebe nehmen durch volatile Märkte und den**
533 **Rückzug der Agrarpolitik aus der Marktsteuerung, aber auch durch veränderte**
534 **Klimabedingungen, hohes Tierseuchenrisiko und eine wachsende Spezialisie-**
535 **rung ständig zu. Damit sich die Landwirtschaft künftig auf den Märkten behaup-**
536 **ten kann, ist sie auf die Förderung angewiesen.**

537
538

539 **8. Europäische Migrationspolitik mit Augenmaß – EU-weite Gewalttäterdatei schaffen**

540 Der EG-Vertrag verlangt den Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des
541 Rechts. Dazu sind im Zeitraum von November 2002 bis Dezember 2005 zahlreiche Richtli-
542 nien zum Ausländer- und Asylrecht erlassen worden. Das Aufenthaltsrecht der Unionsbürger
543 und Unionsbürgerinnen wurde neu geordnet. Die Einreise und der Aufenthalt von hochquali-
544 fizierten Drittstaatsangehörigen ist mit der sog. Bluecard-Richtlinie verbindlich für alle Mit-
545 gliedstaaten geregelt worden. Weitere Vorschläge, die die Aufenthaltsbedingungen für Sai-
546 sonarbeitnehmer und Auszubildende EU-einheitlich festlegen sollen, sind angekündigt.

547

548 Mit dem sog. Haager Programm sollen die Mitgliedstaaten ihre Asylsysteme harmonisieren
549 und ihre Integrationsmaßnahmen umfassender koordinieren. Die Europäische Kommission
550 möchte eine einheitliche Anwendung von Asylrechtsnormen fördern und Mechanismen für
551 die gegenseitige Anerkennung von Asylentscheidungen innerhalb der EU einführen. Bis
552 2010 soll diese zweite Phase der Harmonisierung des Asylrechts abgeschlossen sein. Mit

553 dem Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl soll die Richtung für eine einheitliche
554 Migrationspolitik in der Europäischen Union vorgegeben werden.

555

556 Eine europäische Migrationspolitik ist grundsätzlich zu begrüßen, denn der stetig steigende
557 Zuwanderungsdruck in die Europäische Union erfordert ein konzertiertes Vorgehen auf sup-
558 ranationaler Ebene. Eine europäische Migrationspolitik hat aber erhebliche Auswirkungen
559 auf die nationale Innenpolitik. Sie berührt die nationale Integrations- und Arbeitsmarktpolitik.
560 Die Entscheidung über den Zugang von Einwanderern zum nationalen Arbeitsmarkt liegt
561 nach wie vor in der Kompetenz der Mitgliedstaaten. Auch sozialpolitische Fragen sind zu
562 beantworten – insbesondere wenn es darum geht, eine ungesteuerte Zuwanderung in die
563 Sozialsysteme zu verhindern.

564

565 Integrationspolitik hat in Niedersachsen sehr hohe Bedeutung. Die Landesregierung leistet
566 im Rahmen des Handlungsprogramms „Integration in Niedersachsen“ einen hohen finanziel-
567 len und ideellen Einsatz für die Integration von Zugewanderten. Besonders wichtig ist hier
568 die enge Zusammenarbeit mit den Kommunen. Dort muss Integration stattfinden und dort gilt
569 es auch Probleme zu lösen, falls die Eingliederung nicht gelingt.

570

571 Die CDU in Niedersachsen fordert,

- 572 • **dass die Europäische Union unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips eine**
573 **an den Bedürfnissen der Mitgliedstaaten ausgerichtete Zuwanderungspolitik**
574 **betreibt.**
- 575 • **dass europäische Zuwanderungspolitik Integrationsbemühungen auf nationaler**
576 **und regionaler Ebene unterstützt.**
- 577 • **dass die Europäische Union Migrantenströme an den EU-Außengrenzen wirk-**
578 **sam steuert und begrenzt.**
- 579 • **dass im Rahmen einer europäischen Zuwanderungspolitik konsequent zwi-**
580 **schen legalen und illegalen Einwanderern unterschieden wird.**
- 581 • **dass keine europäischen Regelungswerke in der Asyl- und Ausländerpolitik**
582 **entstehen, die ein größeres Maß an bürokratischem Aufwand und eine Abwei-**
583 **chung von unserem humanen, rechtsstaatlich entwickelten und an der Integrati-**
584 **on ausgerichteten deutschen Asylrecht bringen.**

585

586 Anlässlich des G8-Gipfels im Juni 2007 in Heiligendamm kam es zu massiven Ausschreitun-
587 gen gewaltbereiter Personen zumeist aus dem linksextremen Spektrum. Viele Polizeibeamte
588 wurden verletzt, einige sogar schwer. Nach Schätzung des Bundesamtes für Verfassungs-
589 schutz befanden sich unter den insgesamt 2.800 Gewaltbereiten rund 500 Personen auslän-

590 discher Herkunft. Die meisten stammten aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Heili-
591 gendamm ist kein Einzelfall: Auch bei vorangegangenen Polizeieinsätzen aus vergleichbaren
592 Anlässen – ob im Jahre 2001 in Schweden oder Italien, 2003 in Frankreich oder auch im
593 Jahre 2005 in Schottland – kam es regelmäßig zu massiven Ausschreitungen. Auch hier
594 waren Personen aus dem Ausland maßgeblich beteiligt.

595

596 Diese Erfahrungen zeigen: Der Informationsaustausch von Daten über international agieren-
597 de Gewalttäter ist von erheblicher Bedeutung. Die Polizei muss in der Lage sein, diese Ge-
598 walttäter bereits an der Grenze zu identifizieren und an der Einreise zu hindern. Spätestens
599 am Veranstaltungsort müssen Informationen über international agierende Gewalttäter jeder-
600 zeit verfügbar sein, um Straftaten effektiver verhindern zu können.

601

602 Die CDU in Niedersachsen fordert,

- 603 • **dass der polizeiliche Informationsaustausch über international agierende Ge-**
604 **walttäter auf europäischer Ebene unter Beachtung des Datenschutzes intensi-**
605 **viert und beim Europäischen Polizeiamt EUROPOL ein europaweit verfügbares**
606 **Informationssystem eingerichtet wird.**

607

608

609 **9. Binnenmarkt und soziale Dimension nicht gegeneinander ausspielen**

610 Im Angesicht von Globalisierung und demografischen Herausforderungen braucht Europa
611 eine zukunftsweisende Sozialpolitik. Diese ist entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit
612 der Europäischen Union und sollte das Ziel haben, die Menschen zu Eigenverantwortung
613 und Eigeninitiative zu befähigen und die Kräfte des Einzelnen zu stärken. Daher liegt ein
614 wichtiger Schwerpunkt europäischer Sozialpolitik auf der Arbeitsmarktpolitik. Daneben för-
615 dert die Europäische Union die Gleichstellung von Männern und Frauen insbesondere auf
616 dem Arbeitsmarkt sowie die betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Ar-
617 beitnehmer.

618

619 Die Europäische Kommission hat im Juli 2008 mit ihrer Mitteilung „Eine erneuerte Sozial-
620 agenda: Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität im Europa des 21. Jahrhunderts“
621 verdeutlicht, dass ihr die soziale Dimension Europas auch weiterhin ein zentrales Anliegen
622 ist. Dieses Anliegen verdient die Unterstützung aller Mitgliedstaaten. Die Ausgestaltung der
623 Sozialpolitik muss im Kern aber in den nationalen Parlamenten erfolgen. Insoweit darf kei-
624 ne Kompetenzverlagerung auf die europäische Ebene stattfinden. Der Maßstab für eine
625 bürgernahe Sozialpolitik muss das Prinzip der Subsidiarität sein.

626

627 Die Europäische Union muss darüber hinaus ihre arbeitnehmerfreundliche Ausrichtung ver-
628 deutlichen und dem Eindruck entgegentreten, sie diene in erster Linie der Verwirklichung
629 wirtschaftlicher Grundfreiheiten. Im Jahr 2008 konnten wir 15 Jahre Binnenmarkt mit den
630 eingangs bereits beschriebenen positiven Effekten für die niedersächsische Wirtschaft und
631 die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land feiern. Einen Gegensatz von Bin-
632 nenmarkt und Arbeitnehmerrechten gibt es nicht. In der jüngeren Vergangenheit hat der Eu-
633 ropäische Gerichtshof aber Entscheidungen gefällt, die eine sachgerechte Abwägung zwi-
634 schen den Grundfreiheiten des Binnenmarktes und sozialen Rechten von Arbeitnehmerinnen
635 und Arbeitnehmern nicht in jeder Hinsicht erkennen lassen. Niedersachsen war durch die so
– 636 genannte „Rüffert-Entscheidung“ zum Landesvergabegesetz hiervon unmittelbar betroffen.
637 Diese Rechtsprechungen werden dazu genutzt, das Zerrbild eines unsozialen, arbeitnehmer-
638 feindlichen Europas zu entwerfen und Vorurteile gegen die Europäische Union zu schüren.
639 Es ist anzuerkennen, dass zur sozialen Dimension Europas in den europäischen Institutio-
640 nen ein breiter Grundkonsens besteht und Initiativen angestoßen worden sind, um die ange-
641 sprochene Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zu korrigieren. Das beweist die
642 EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 22. Oktober 2008 zu den Herausforderun-
643 gen für Tarifverträge in der Europäischen Union. Im Kern stellt sie fest, dass die geltenden
644 Rechtsvorschriften nicht ausreichen, um eine Ausgewogenheit zwischen Dienstleistungsfrei-
645 heit und den Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sicherzustellen. Daher wird
646 die Europäische Kommission aufgefordert, insbesondere die Entsenderichtlinie zu überarbei-
647 ten, um Lohnungleichheiten zu verhindern. Dieser EntschlieÙung haben mehr als zwei Drittel
648 der Abgeordneten des Europäischen Parlaments zugestimmt.

649

650 Die CDU in Niedersachsen fordert,

- 651 • **die ständige Fortentwicklung einer zukunftsweisenden europäischen Sozialpo-**
652 **litik.**
- 653 • **die Ausgestaltung der Sozialpolitik im Kern durch die nationalen und regiona-**
654 **len Parlamente und daher keine weitere Verlagerung von Kompetenzen auf die**
655 **europäische Ebene.**
- 656 • **einen ausführlichen Dialog mit den Sozialpartnern.**
- 657 • **die Verankerung von europaweit einheitlichen sozialpolitischen Mindeststan-**
658 **dards, die einen fairen Wettbewerb ermöglichen.**
- 659 • **den Schutz vor Diskriminierung weiter zu erhöhen. Das bedeutet aber keine un-**
660 **verhältnismäßigen Dokumentationslasten und Rechtsunsicherheiten, insbe-**
661 **sondere für kleine und mittlere Unternehmen sowie für Vermieter.**

662

663

664 **10. Nachhaltige Umweltpolitik betreiben**

665 Unsere Umweltpolitik stellt den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen auch für künftige
666 Generationen in den Mittelpunkt ihres Handelns. Die CDU in Niedersachsen bekennt sich zu
667 einer nachhaltigen Umweltpolitik, die mit unserer Umwelt und unserer Natur vernünftig um-
668 geht, die Schöpfung, die Generationengerechtigkeit beachtet und die Zukunft sichert.

669
670 Ziel jeder nachhaltigen Umweltpolitik muss es sein, den Schutz von Menschen, Tieren,
671 Pflanzen, Boden, Wasser, Atmosphäre sowie Kultur und Sachgütern vor schädlichen Um-
672 welteinwirkungen zu gewährleisten und die Natur und Landschaft zu schützen, zu pflegen,
673 zu entwickeln und – soweit erforderlich – wiederherzustellen.

674 Da Umweltbelastungen nicht an nationalen Grenzen Halt machen, ist es folgerichtig, dass
675 die Europäische Union in diesem Politikbereich die Standards und Grenzwerte für alle defi-
676 niert. Denn stark divergierende Umweltschutzvorschriften zwischen den Mitgliedstaaten ha-
677 ben nachteilige Auswirkungen auf den europäischen und globalen Wettbewerb. Schwerpunk-
678 te der europäischen Umweltpolitik müssen die Bereiche Luftreinhaltung, Abfallwirtschaft,
679 Gewässerschutz und Klimaschutz sein. Eine in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union
680 auf gleichem Niveau stattfindende Umsetzung der europäischen Umweltpolitik ist zwingend
681 erforderlich.

682
683 Auf Kritik stößt die europäische Umweltpolitik immer dann, wenn Land- und Forstwirtschaft,
684 Industrie und Gewerbe den Eindruck gewinnen, mehr für die Umweltverwaltung als für die
685 Umwelt selbst leisten zu müssen. Wir sind sowohl auf europäischer Ebene als auch auf nati-
686 onaler und Landesebene bemüht, unnötigen bürokratischen Aufwand abzubauen. Das gilt
687 beispielsweise für die Vogelschutz- und die FFH (Flora-Fauna-Habitat)-Richtlinie. Bürokrati-
688 sche Hürden bei der täglichen Bewirtschaftung, Pflege und Entwicklung unserer Kulturland-
689 schaft müssen hier auf das notwendige Mindestmaß begrenzt werden.

690
691 Gerade in der Natur- und Umweltpolitik ist strikt auf das Subsidiaritätsprinzip und die regio-
692 nalen und örtlichen Besonderheiten zu achten. Brüssel soll den rechtlichen Rahmen festle-
693 gen; national können eigene Standards gesetzt werden. In jedem Fall muss die nationale
694 Verantwortung klar geregelt bleiben. Die CDU in Niedersachsen spricht sich deshalb für die
695 kommunale Daseinsvorsorge aus: Trinkwasser, Abwasser und Müllentsorgung sollen – auch
696 unter Beteiligung der Privatwirtschaft – in der Verantwortung der Kommunen bleiben!

697
698 Europäische Energiepolitik muss auf die drei gleichwertigen Ziele der Energieversorgung
699 ausgerichtet sein: Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit. Oder
700 mit anderen Worten: Sauber, sicher und preiswert.

701
702 Höhere Umweltverträglichkeit bedeutet zum Beispiel, dass insbesondere der Ausstoß von
703 Treibhausgasen (CO₂) verringert werden muss. Dies soll durch vermehrten Einsatz regene-
704 rativer Energieträger und durch Steigerung der Energieeffizienz sowohl beim Erzeuger als
705 auch beim Verbraucher geschehen. Dazu gehören die Erforschung und Entwicklung neuer
706 Technologien, z. B. für den Neubau effizienter Kohlekraftwerke, für Anreize zur CO²-
707 Reduktion (Emissionshandel), aber auch für den weiteren Einsatz technisch sicherer und in
708 der CO₂-Bilanz günstiger Kernkraftwerke (Stichwort: Laufzeitverlängerung in Deutschland)
709 bei gleichzeitiger Lösung der Entsorgungsfragen.

710
711 Hohe Verfügbarkeit bedeutet zuverlässige Energieversorgung für Verbraucher und Unter-
712 nehmen. Einzelne Energieträger dürfen nicht aus ideologischen Gründen ungenutzt bleiben.
713 Erst durch den Einsatz verschiedener Energieträger entsteht ein möglichst breit gefächertes,
714 technisch vernünftiger Energiemix die Risiken einseitiger Abhängigkeit von bestimmten E-
715 nergieträgern oder deren Lieferanten minimiert.

716
717 Im Energiesektor ist der Wettbewerb verschiedener Anbieter aus Gründen der Wirtschaft-
718 lichkeit zu verstärken. Eine wirtschaftliche Energieversorgung ist sowohl wegen der Sozial-
719 verträglichkeit und gesellschaftlichen Entwicklung, als auch für die industrielle Nutzung un-
720 abdingbar. Für Europa und Deutschland ist nichts gewonnen, wenn energieintensive Indust-
721 riezweige ihre Produktion in Staaten verlagern, in denen sie von weniger strengen Umwelt-
722 und Klimaschutzvorgaben sowie geringen Energiekosten profitieren. Daher müssen im Sinne
723 des globalen Umwelt- und Klimaschutzes Ausnahmeregelungen für bestimmte Industrie-
724 zweige in Deutschland und Europa möglich bleiben.

725
726 Nachwachsende Rohstoffe leisten einen zunehmenden Beitrag zur Entwicklung einer nach-
727 haltigen Energieversorgung. Für uns hat die Nahrungsmittelproduktion in der Landwirtschaft
728 und der Schutz intakter Ökosysteme weltweit (z.B. Erhalt der Tropenwälder) Vorrang vor der
729 Energieproduktion.

730
731 Niedersachsen ist gleichwohl Vorreiterland für die Nutzung Erneuerbarer Energien. An unse-
732 rer Küste ist ein Viertel der bundesweiten Windenergieleistung installiert. Und mit dem Ener-
733 gie-Forschungszentrum Niedersachsen in Goslar oder dem EWE-Forschungszentrum e. V.
734 an der Universität Oldenburg sind wir im europäischen Maßstab hervorragend positioniert.

735

736 Die Bürger erwarten zu Recht, dass wir uns um eine intakte Umwelt, gesunde Lebensbedin-
737 gungen und gesunde Lebensmittel kümmern. Ökonomische, ökologische und soziale Belan-
738 ge müssen gleichermaßen Berücksichtigung finden.

739
740 Die CDU in Niedersachsen fordert,

- 741 • **dass sich die europäische Umweltpolitik vor allem der Reinhaltung der Luft und**
742 **des Wassers sowie dem Klimaschutz widmet.**
- 743 • **keinen unnötigen bürokratischen Aufwand beim Umwelt- und Klimaschutz auf**
744 **europäischer Ebene und den Abbau bestehender unnötiger Vorschriften, u.a.**
745 **dass die Vogelschutzrichtlinie und die FFH-Richtlinie zusammengefasst wer-**
746 **den.**
- 747 • **dass die Kommunen für die kommunale Daseinsvorsorge verantwortlich blei-**
748 **ben.**
- 749 • **einen stärkeren Wettbewerb auf dem Energiesektor und keine Anreize für ener-**
750 **gieintensive Industriezweige zur Produktionsverlagerung in Staaten mit gerin-**
751 **geren Umweltauflagen.**
- 752 • **dass beim Umweltschutz im Sinne des Nachhaltigkeitsprinzips ökonomische**
753 **und soziale Gesichtspunkte gleichrangig mit den ökologischen Belangen be-**
754 **rücksichtigt werden.**

755
756

757 **11. Lissabon-Strategie entschlossen fortsetzen – Wettbewerbsfähigkeit verbessern**

758 Wenn Europa eine Zukunft in Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit im Einklang mit den Er-
759 fordernissen der ökologischen Nachhaltigkeit haben soll, erfordert dies die Sicherung der
760 ökonomischen Grundlagen. In der Lissabon-Strategie hat sich die EU das Ziel gesetzt, Euro-
761 pa zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissenschaftsgestützten Wirtschaftsraum der
762 Welt zu machen. Wohlstand muss jeden Tag neu erarbeitet werden – Stillstand bedeutet im
763 internationalen Wettbewerb Rückschritt. Die ständige Hinterfragung bestehender Strukturen
764 und Prozesse bleibt eine Herausforderung für Europa und an jedes einzelne Land. Krisen in
765 der Wirtschaft, wie wir sie derzeit erleben, sind immer Beschleuniger des Strukturwandels
766 gewesen und sollten als Chance zur Verbesserung angesehen werden.

767

768 Die CDU in Niedersachsen setzt sich im Rahmen der Lissabon-Strategie insbesondere für
769 folgende Forderungen ein:

- 770 • **Die Reduzierung von Verwaltungskosten ist gerade für kleine und mittlere Be-**
771 **triebe ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Derzeit**
772 **werden die Kosten der Unternehmen für Verwaltungserfordernisse auf 3,5 Pro-**
773 **zent des BIP geschätzt. Das ist zu hoch. Europa muss sich – wie im Übrigen die**

774 anderen staatlichen Ebenen auch – im Sinne von Subsidiarität auf unvermeidliche
775 Regelungen beschränken.

776 • Zu einem dynamischen Wirtschaftsraum gehört eine verlässliche, stabile Wäh-
777 rung. Gerade in der Krise erweist sich der Euro als Hort der Stabilität. Mitglied-
778 staaten und Europäische Union müssen eine solide Haushaltspolitik betreiben.
779 Die Maastricht-Kriterien dürfen daher grundsätzlich nicht unterlaufen werden.

780 • Die Bilanzierungsvorschriften der Banken müssen wieder auf die konservative
781 kontinentaleuropäische Tradition zurückgeführt werden. Das deutsche Han-
782 delsgesetzbuch (HGB) zeigt sich resistenter gegenüber Wertschwankungen als
783 das anglo-amerikanische Modell. Angesichts der Verwerfungen des internatio-
784 nalen Finanz- und Aktienmarktes müssen wir den Prinzipien der Sozialen
785 Marktwirtschaft wieder neue Geltung verschaffen.

786 • Die Sicherung und der Ausbau des Wohlstandes auf einem hochentwickelten
787 Kontinent Europa können nur auf Wissen und Innovationen basieren. Die Vor-
788 gaben an die Mitgliedsstaaten im Rahmen der Lissabon-Strategie sind alterna-
789 tivlos.

790 • Die Vollendung und Dynamisierung des Binnenmarkts ist unerlässlich. Nur so
791 kann die Europäische Union wettbewerbsfähiger werden und im Rahmen der
792 globalen Wirtschaft dauerhaft bestehen. Der europäische Binnenmarkt ist die
793 Stütze unseres Exportes. Es bleibt Aufgabe der Europäischen Union, den welt-
794 weiten Handel zu sichern und Protektionismus zu verhindern.

795 • Für die Optimierung der Verbraucherinformation werden wir uns für eine trans-
796 parente Herkunftskennzeichnung, die klar zwischen Erzeugungs- und Verarbei-
797 tungsstandort unterscheidet, sowie für eine einfache, klar verständliche und
798 EU-einheitliche dem mündigen Verbraucherverhalten entsprechende Nährwert-
799 kennzeichnung einsetzen. Es ist im Sinne eines aktiven Verbraucherschutzes
800 sollten die Sicherheitsanforderungen für technische Anlagen, Verbraucher- und
801 sonstige Handelsprodukte nicht auf dem möglichst niedrigen Qualitätsniveau
802 vereinheitlicht werden. Vielmehr muss ein angemessener Ausgleich zwischen
803 der Eigenverantwortung des Herstellers für sein Produkt und der Marktüberwa-
804 chung durch den Staat erreicht werden. In diesem Sinne müssen weiterhin ne-
805 ben der CE-Kennzeichnung auch nationale Sicherheitszeichen wie bspw. das
806 GS-Zeichen solange zulässig sein, bis es vergleichbare europäische Zertifizie-
807 rungen für Produkte gibt.

808

809

810 **„Die Einheit Europas war ein Traum weniger. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist**
811 **heute eine Notwendigkeit für alle.“ (Konrad Adenauer)**

812

813 Die CDU in Niedersachsen will ein Europa für die Menschen. Sie möchte, dass die Bürger
814 sich in Europa heimisch und geborgen fühlen und sie für die europäische Sache begeistern.

815 Die historisch bedeutsame Erweiterung der Europäischen Union verlangt einen tiefgreifen-
816 den nachhaltigen Prozess gesellschaftlicher Integration. Ideologische Konstrukte wie die

817 Reduzierung unserer Kultur auf „konsensuale Schnittmengen“ schaden dabei mehr, als sie

818 nutzen. Unser Ziel muss es sein, im Zusammenwachsen der Völker zu einer von allen Euro-

819 päern als gemeinsam begriffenen europäischen Identität zu gelangen, innerhalb derer natio-

820 nale und regionale Identitäten ihren hohen Stellenwert als Heimat der Bürger Europas erhal-

821 ten.

822

823 Wenn wir in Vielfalt zur Einheit gelangen wollen, kommt dem Dialog der Kulturen für Europa

824 doppelte Bedeutung zu: nach außen der Verständigung über zwischenstaatliche Beziehun-

825 gen, etwa mit der Türkei; nach innen der Verständigung über das Zusammenleben innerhalb

826 unserer freiheitlichen und demokratischen europäischen Staaten und Gesellschaften. Ge-

827 meinsam ist beidem die Aufgabe, Verstehen und Verständnis herbeizuführen – um gemein-

828 same Lebensperspektiven in einer konfliktreichen Welt zu schaffen. Im Sinne von Jean Mon-

829 net ist der interkulturelle Dialog eine dringliche und elementare Aufgabe europäischer Politik.